PRESSEMITTEILUNG

Sozialpolitik

22. April 2010

Ursula Sassen und Anita Klahn zur Eingliederungshilfe: Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe müssen im Fordergrund stehen

„Die heutige Anhörung im Sozialausschuss zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen hat deutlich gemacht, dass erfreulicherweise auf allen Seiten die Bereitschaft zu Gesprächen und Verhandlungen besteht“, so das Fazit der sozialpolitischen Sprecherinnen Ursula Sassen (CDU) und Anita Klahn (FDP).

Die durch die Kreise vollzogene Kündigung des Landesrahmenvertrages hatte bei den Betroffenen zu großen Verunsicherungen geführt. Sie hat aber auch eine notwendige Diskussion angestoßen, um die Eingliederungshilfe weiterzuentwickeln, und das Problem ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt.

Bei der Suche nach neuen effizienteren Strukturen und Finanzierungsmöglichkeiten müssen Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung im Vordergrund stehen. „Wenn die Verhandlungspartner dieses Ziel im Auge behalten, kann es gelingen“, so Sassen und Klahn abschließend.

Pressesprecher
Dirk Hundertmark
Landeshaus, 24105 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
E-mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: http://www.cdu.ltsh.de

Pressesprecher
Frank Zabel
Postfach 7121, 24171 Kiel
Telefon 0431-988-1488
Telefax 0431-988-1497
E-mail: presse@fdp-sh.de
Internet: http://www.fdp-sh.de